



Jahresbericht 2015 / 2016 des Trennungsväter e. V.

Mitgliederentwicklung:

Eingetragene Mitglieder im April 2015:	61 Mitglieder
Austritte:	2 (ordnungsgemäße Kündigungen) 2 (Todesfälle) 2 (Rücklastschriften ohne Kündigung)
Neumitglieder:	1
Summe Mitglieder im April 2016:	56 <u>Mitglieder</u>

Sieben davon haben den Mitgliedsbeitrag nicht bezahlt.

Interessenten:

Auch dieses Jahr zeigten sich wieder zahlreiche betroffene Bürger und deren Angehörige, an der Arbeit des Vereins und der zugrundeliegenden Trennungs- und Scheidungsproblematik interessiert.

Viele Betroffene wandten sich telefonisch oder über E-Mail mit ihren Anliegen an den Verein, zur Zeit erfolgen ca. 2-3 Kontaktaufnahmen pro Tag. Die Anzahl der Kontaktaufnahmen ist somit auf das selbe Niveau geblieben wie letztes Jahr. Schwerpunkt der telefonischen Beratung ist die Hilfe zur Selbsthilfe sowie die Ermittlung einer geeigneten Väter- oder Elterngruppe in der Gegend des Anrufenden.

Vorstandssitzungen:

Im Berichtszeitraum traf sich der Vorstand und Beirat ein Mal zu einer regulären Sitzung:

06.12.2015 in Amberg

Da sich der 1. Vorsitzender vorwiegend im Ausland aufhielt, wurden die Vorgänge ansonsten per E-Mail abgestimmt.

Tätigkeitsbericht des Vorstandes:

- Teilnahme an monatlichen Treffen der Regensburger Soziale Initiativen e. V. und an verschiedenen Aktionen unter deren Dach
- Aktualisierung der Homepage mit Nachrichten um die Thematik der Trennungskinder wurde leider Ende Juli 2015 unterbrochen. Die Homepage wird durch den 1. Vorsitzenden betreut und dieser verbrachte ab Ende Juli drei Monate bei seiner Tochter in verschiedenen Krankenhäusern. Die Aktualisierung der Homepage soll noch vor der Mitgliederversammlung wiederaufgenommen werden.
- Vernetzung mit Väter- und Gleichberechtigungsbewegungen in Deutschland, insbesondere mit Forum Soziale Inklusion (München).
- Vernetzung mit ausländischen Väterbewegungen
- Beratung von betroffenen Eltern (Telefonisch, per E-Mail, persönlich)
- Lobbyarbeit bei EU-Abgeordneten. Besuch beim MEP Arne Gericke (Familien-Partei) in Brüssel am 13.11.2015.
- Pressegespräch im Presseclub München am 06.10.2015 fand rege Interesse bei den Medien. Es berichteten z.B. München-TV, BR, Sat1 Bayern sowie BILD München und weitere regionale und überregionale Medien.
- Am 17.02.2016 hatten der 1. Vorsitzender sowie Mitglied Reinhard Häring ein Gespräch mit MDL Frau Schreyer-Stäblein (CSU) sowie Vertretern des Bayerischen Justizministeriums in den Räumlichkeiten des Landtages. Frau Schreyer-Stäblein interessierte sich sehr über das Wechselmodell und erhielt abschließend von uns ein Informationspaket dazu.

EU- und UNO-Arbeit:

Nachdem die Versuche der letzten Jahre, auf der lokalen, Landes- und Bundesebene positive Entwicklung der Situation der Trennungskinder zu generieren nur geringe Resultate ergaben, haben wir den Schwerpunkt unserer Tätigkeit vor drei Jahren auf die EU- und UNO-Ebene verlegt.

Das Ziel dieser Arbeit ist es zu erreichen, dass Deutschland durch Druck von diesen Gremien und ausländischer Regierungen ein humanes Familienrecht sowie Kinder- und Jugendhilfe einführt.

Die Hauptinstrumente dabei sind die Mitwirkung bei der Arbeit des UNO-Menschenrechtsrates sowie des Petitionsausschusses (PETI) des EU-Parlaments.

1) UNO-Arbeit

Die Anerkennung des Trennungsväter e.V. als beratende Nichtregierungsorganisation erfolgte in April 2015. Dadurch haben wir Zugang zu zahlreichen UNO-Organisationen. Vor allem können wir uns nun in den Ausschüssen von ECOSOC (Ökonomischer und sozialer Rat der UNO) für die Belange von Trennungskindern in der ganzen Welt äußern, nicht nur wenn es ausdrücklich um Deutschland geht.

Aktueller Schwerpunkt ist im Moment die Verfolgung der Umsetzung der Empfehlungen des Menschenrechtsrates aus dem 2. UPR (Universal Periodic Review). In September 2013 akzeptierte Deutschland die von uns getriebene und durch Türkei, Polen und Kongo empfohlene Einführung der wirksamen Fach- und Rechtsaufsicht auf die Jugendämter sowie Sicherstellung, dass sich die Jugendämter an internationalem Recht und Konventionen halten. Zudem stellte Italien kritische Fragen zur Arbeit der Jugendämter. Durch Akzeptanz der Empfehlungen hat Deutschland zugesagt, die geeigneten Maßnahmen bis zur 3. UPR im Jahr 2018 einzuführen.

Wir haben in Januar 2014 Bundeskanzlerin Merkel gefragt, wie und wann Deutschland diese akzeptierten Empfehlungen umsetzen wird. In Juni 2014 erhielten wir vom Bundesfamilienministerium die Auskunft, dass Deutschland trotz der Zusage gar nicht vorhat, die Aufsicht der Jugendämter einzuführen.

Deutschland hatte sich freiwillig verpflichtet, In Januar 2016 dem Menschenrechtsrat einen „Mid-Term-Report“ zu der Umsetzung der Empfehlungen aus dem Jahr 2013 erstellen. Hierzu haben wir Menschenrechtsrat bereits in November 2015 berichtet, dass in Sachen Jugendamt nichts passiert ist und dass Deutschland auch nicht beabsichtigt, die Zusagen einzuhalten. Wir haben ausländische Regierungen gebeten, diesbezüglich Druck auf Deutschland auszuüben. Zahlreiche Regierungen sind über die Arbeit der deutschen Jugendämter sehr besorgt und hier kann tatsächlich mit Unterstützung gerechnet werden.

Wir haben am 14.04.2016 die ständige Vertretung Deutschlands in Genf angeschrieben und um Erklärung gebeten, warum Deutschland den versprochenen Bericht nicht abgegeben hatte.

Je nach Inhalt der Antwort werden wir weitere Schritte einleiten.

Bei der UNO-Arbeit tauschen wir uns ausführlich mit dem Verein „UPR-Info“ in Genf aus. Dieser Verein fördert die Tätigkeit von Nichtregierungsorganisationen beim Menschenrechtsrat.

Die Beteiligung an dem Kontrollverfahren zur Umsetzung der Empfehlungen aus dem 2. UPR wird auch eine Reisetätigkeit erfordern, wofür unsere finanziellen Rücklagen vonnöten sein werden. Unterkünfte in Genf sind sehr teuer.

2) EU-Arbeit

Unser Hauptinstrument bei der EU ist der Petitionsausschuss (PETI). Dort liegen inzwischen ca. 800 Petitionen zur Arbeit der deutschen Jugendämter vor. Aus keinem anderen EU-Land treffen Beschwerden zu Jugendämtern mit einer solchen Intensität ein.

In April 2014 sprach unser UNO-/EU-Beauftragter Thomas Porombka vor dem PETI und monierte die systematischen Menschenrechtsverletzungen durch Jugendämter und Familiengerichte in Deutschland.

PETI tagte um die Jugendamtsproblematik erneut am 05.05.2015. Die Sitzung fand somit nur fünf Tage nach der Veröffentlichung des Jugendamtsskandals in Gelsenkirchen statt. Bei der Sitzung wurde auch eine Stellungnahme unseres UNO-/EU-Beauftragten Thomas Porombka vorgelesen. Etliche Mitglieder des Ausschusses waren ob der vorgetragenen Berichte empört und es wurden sogar einige Methoden der Jugendämter als „Folter“ und „Menschenhandel“ bezeichnet.

Die PETI beschloss eine Arbeitsgruppe eigens für die Beschwerden über deutsche Jugendämter einzurichten. Wir haben uns umgehend um Beteiligung an diese Arbeit als sachverständige Nichtregierungsorganisation beworben. Eine Antwort liegt bisher nicht vor.

Gemeinsam mit Vertretern des Nürnberger Vereines „Väternetzwerk“ besuchte der 1. Vorsitzender am 13.11.2015 das EU-Parlament in Brüssel. Der Besuch erfolgte auf einer Einladung von MEP Gericke. Nach einer Besichtigung des Parlaments wurden die Möglichkeiten besprochen, wie MEP Gericke unsere Ziele im EU-Parlament vorantreiben kann.

Beirat :

Der Beirat nahm an der Vorstandssitzung teil.

Regionalgruppen:

Die Regionalgruppen trafen sich mit unterschiedlicher Beteiligung (zwischen 1 und 5 Mit- und Nichtmitglieder) unregelmäßig. Inhaltlich dienten die Treffen zum Austausch und gegenseitiger Unterstützung im Rahmen „Hilfe zur Selbsthilfe“ und der Weitergabe neuester Nachrichten und Entwicklungen.

Wünschenswert wäre für die Zukunft eine engagiertere Beteiligung der Mitglieder an den Monatstreffen und Planungen.

Leiter der Regionalgruppen:

AM / AS: Werner Wiesgickl
BT: Uwe Rausch (kommissarisch)
R: Cornelia Pritscher
WEN / TIR: Karl Neubauer

Auerbach, den 01.05.2016

Thomas Penttilä
1. Vorsitzender